

Anfrage öffentlich	Datum 28.02.2013	Nummer F0033/13
Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 28.02.2013	

Kurztitel Entwicklung und Prävention von Burnout bei städtischen Mitarbeiterinnen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

verschiedenen Medienberichten zufolge ist die Zahl der Krankschreibungen wegen psychischer Erkrankungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen und derzeit auf einem historischen Höchststand.

Auf Anfragen an die Verwaltung wird dem Gemeinderat immer wieder einmal berichtet, dass es in einigen Abteilungen zu Ablaufverzögerungen aufgrund von lang dauernden Krankheitsausfällen kommt. Es ist zu vermuten, dass hierbei auch psychische Erkrankungen und Burnout ursächlich sind.

Daher möchten wir darüber informiert werden, welche konkreten Entwicklungen hier zu verzeichnen sind und wie die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin der Entwicklung von psychischen Erkrankungen und Burnout bei ihren Mitarbeiterinnen entgegen tritt.

Wenn Menschen viel leisten, aber den an sie gestellten Anforderungen nicht im vollen Umfang gerecht werden können, steigt die Gefahr von schweren Erschöpfungszuständen oder psychischen Erkrankungen. Gerade sehr engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hiervon häufig besonders stark betroffen

Neuere Entwicklungen, wie z.B. Fachkräftemangel im sozialen Bereich oder der sich ankündigende demographische Wandel betreffen auch die Stadtverwaltung. Diese können zusätzlich zu einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen beitragen, die an der Entwicklung psychischer Störungen / Burnout beteiligt sind.

Besonderen Belastungen sind Personengruppen in sozialen Berufen und in Berufen mit viel Kundenkontakt ausgesetzt, ebenso wie Personen in sogenannten „Sandwich-Positionen“ (mittlere Führungsebene, in der die - teils unvereinbaren - Interessen des Teams und der Vorgesetzten ausbalanciert werden müssen).

Wir fragen Sie daher:

1. Wie hat sich die Nachfrage an den Internen Gesundheits- und Beratungsdienst der Stadtverwaltung in den letzten Jahren entwickelt (seit 2010) und welchen Stellenwert nehmen dabei Beratungen im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen und Burnout ein?

Ist bei bestimmten Bereichen der Stadtverwaltung eine Zunahme des Beratungsbedarfs für die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beobachten?

2. Welche Entwicklungen sind hinsichtlich Krankheitstagen, langfristigen Krankheitsausfällen und daraus resultierenden Zusatzbelastungen der Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren (seit 2010) zu verzeichnen, und welche Maßnahmen werden von der Verwaltung zur Regulierung dieser Auswirkungen eingesetzt bzw. welche Maßnahmen sind geplant?

3. Liegen entsprechende Kenntnisse auch für die städtischen Gesellschaften vor (die vorhandenen Informationen bitte nach Gesellschaften aufgeschlüsselt darstellen), und gibt es bestimmte Bereiche, die hierbei besonders auffallen – positiv oder negativ?

4. Wird nach Einschätzung der Verwaltung von Betroffenen rechtzeitig ein Erstkontakt für Beratung gesucht? Mit welchen Maßnahmen fördert die Verwaltung ein frühzeitiges Aufsuchen von Beratung und welche Optimierungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung hier?

5. Wie schätzt die Verwaltung den Zusammenhang zwischen Aufgaben- und Verantwortungs- zunahme einerseits und Stellenverkürzung andererseits mit der Entwicklung von Burnout in den betroffenen Arbeitsbereichen ein?

6. Welche Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements werden von der Stadtverwaltung zur Erkennung, Behandlung und Prävention psychischer Erkrankungen/ Burnout angeboten?

7. Welche weiteren präventiven Maßnahmen werden von der Stadtverwaltung eingesetzt, um der Entwicklung von psychischen Erkrankungen und Burnout entgegen zu wirken (z. B. Akzeptanz von Führungskräften für „gesundes“ Arbeitsverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern), und welche Optimierungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung im Bereich Prävention?

8. Wie wirkt sich der Fachkräftemangel im Bereich „Erziehung“ und die gestiegenen Ansprüche der Öffentlichkeit und Eltern auf die psychischen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kindertagesbereich aus?

Thorsten Giefers
Stadtrat